58. Jahrgang. № 208. Mittwoch, 29. Juli 1914.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 2,25 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 20011.

Apollinaris — KÖNIGLICH PREUSSISCHE STAATS-MEDAILLE.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Kunstausstellung Emil Richter
Prager Strasse.
José M. Lopez Mezquita,
Enrique Martinez Cubells, Madrid.
Edmund Steppes, München.

Louis Herrmann, Am See 28

Selters
erstklassiges Erzeugnis der
Mineralwasserfabrik Apotheker P. Rübener & Co.
Fernspr. 22323. Königsbrücker Str. 97. Fernspr. 22323.

Der österreichisch-serbische Krieg.

Die offizielle Kriegserklärung. — Ablehnung der englischen Konferenz-Vorschläge durch Deutschland. — Kämpfe an der Drina.

Das wichtigste Erfordernis des Tages ist heute, den Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren. Wenn der ernste Wille dazu auf allen Seiten vorhanden wäre, könnte das nicht schwer fallen. Deutschland und Italien werden jedenfalls alle Bemühungen unterstützen, die auf Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet sind, soweit das möglich ist ohne Gefährdung ihrer eigenen Stellung und ohne Beeinträchtigung ihrer bündnismäßigen Verpflichtungen. Aber dieser ernste Wille ist, von England wohl abgesehen, bei den Dreiverbandsmächten leider nicht in vollem Maße vorhanden. Die Haltung Rußlands ist in dieser Hinsicht so unberechenbar, daß wir auf alle Möglichkeiten gefaßt sein müssen. Die Kriegsvorbereitungen und die mancherlei im Hinblick auf den Ernstfall getroffenen Maßnahmen Rußlands reden eine sehr ernste Sprache. Die Lehren der Geschichte sind für die öffentliche Meinung Rußlands keine Quelle der Erkenntnis. Verantwortungsgefühl und Pflichtbewußtsein, die uns Deutschen in Fleisch und Blut übergegangen sind, versagen in Rußland, sobald seine Rolle als Beschützer der Balkanstaaten tangiert wird. Anderseits ist es wohl glaublich, daß man in Petersburg zunächst sich darauf beschränken wird, Serbien mit diplomatischen Mitteln zu Hilfe zu kommen, und ein militärisches Eingreifen im Augenblick nicht ins Auge faßt. Doch darüber täusche man sich nicht: Wenn Rußland ein derartiges Verfahren einschlägt, tut es das nicht im Interesse des europäischen Friedens, sondern um seine Rüstung zu vervollständigen und seine durch die Riesenausdehnung des Reiches bedingte und trotz aller angestrengtesten Bemühungen immer noch schwerfällige Mobilisierung in Ruhe vollziehen zu können. So hofft man Zeit zu gewinnen und Oesterreich-Ungarn im geeigneten Augenblick, wenn die Streitkräfte der Doppelmonarchie zum größten Teile in Serbien beschäftigt und gebunden sind, in den Arm zu fallen und von der galizischen Grenze her einen Stoß nach dem Herzen der Monarchie zu führen. Es ist deshalb auch zweifellos auf Weisung von Petersburg zurückzuführen, wenn die serbische Armeeleitung ihre Streitkräfte nicht bei Belgrad, sondern weit im Innern des Landes konzentriert, um die österreichischen Truppen möglichst weit hineinzulocken. Die Gefahr einer militärischen Intervention Rußlands ist deshalb im Augenblick noch nicht akut, aber sie wächst riesengroß auf, wenn erst die Truppen unseres Bundesgenossen den Serben ins Innere des Landes gefolgt sind und ihnen einige vernichtende Schläge beigebracht haben. Auf keinen Fall wird Rußland, das kann man heute schon sagen, dem Gange der Kriegsoperationen mit verschränkten Armen zusehen, sondern sich bereit machen, dem Züchtiger auf irgendeine Weise in den Arm zu fallen. Der europäische Friede ist Rußland keinen Pfifferling wert, und seinem treuen Bundesgenossen Frankreich ebensowenig.

Außerhalb der Zweibundmächte ist heute wohl allenthalben die Auffassung verbreitet, daß der Einsatz eines europäischen Krieges die Vorteile nicht aufwiegen kann, die aus diesem Weltbrande dem einzelnen Staate zufallen können. Je drohender das furchtbare Gespenst des allgemeinen Weltkrieges am Horizont heraufsteigt, um so mehr schärft sich überall da, wo man nicht im Banne von chauvinistischen Ideen steht und Sondervorteile erstrebt, das Verantwortungsbewußtsein. Der Wille, dem europäischen Frieden zu dienen und die europäische Zivilisation vor dem Untergange, der Zerstörung zu retten, findet elementaren Ausdruck in verschiedenen Hauptstädten Europas. Zum Teil äußert sich dieser Wille noch in etwas primitiver Weise und durchaus unzulänglicher Methode. Wenn z. B. ein englisches Blatt an Kaiser Wilhelm einen direkten Appell richtet, in den Gang der Ereignisse einzugreifen und kraft der gewaltigen Autorität, die er in Wien und in ganz Europa genießt, Österreich-Ungarn zur Beschickung einer Konferenz zu bestimmen, noch bevor es seine militärischen Operationen beginnt oder vielmehr fortsetzt, dann ist das ein kindliches Verlangen, das man nur mit Achselzucken abtun kann, ein Begehren, aus Gefühl und Not herausgeboren, aber ohne Ziel und Zweck, unpolitisch und undiplomatisch. Viel besser wäre es, die Engländer machten ihren Einfluß direkt in Petersburg in mäßigendem Sinne geltend.

Etwas anderes ist es mit dem Vermittlungsgedanken. Die Diplomatie arbeitet mit Hochdruck an einer Vermittlung. Sofern diese Aktion darauf hinausgehen sollte, die österreichische Exekution aufzuhalten oder durch erneute Verhandlungen hinauszuschieben, kann ihr schon jetzt ein Fiasko prophezeit werden. Solche Versuche kann weder Oesterreich noch Deutschland dulden. Die Donaumonarchie muß ihren Weg, den sie sich vorgezeichnet hat, mit unbeugsamer Entschlossenheit zu Ende gehen, will sie nicht ihr gesamtes Prestige aufs Spiel setzen, mit ehernem Schritt muß sie alle Widersacher vernichten. Nur Festigkeit und Konsequenz führen sie jetzt zum Ziele. Es ist auch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Wiener Staatsmänner sich durch irgendeinen Schritt von der Ausführung der militärischen Expedition werden abhalten lassen. Wenn nun England und Italien, wie versichert wird, beabsichtigen, in Wien freundschaftliche Vorstellungen zu erheben oder schon erhoben haben, dann sieht man nicht recht ein, was damit bezweckt werden soll. Einen Druck auf seine militärischen Operationen hat Oesterreich abgelehnt, muß es ablehnen; eine friedliche Beilegung des Streites zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien ist aber unmöglich, solange die Waffen nicht ihr entscheidendes Wort gesprochen haben. Auf eine halbe Lösung der Sache wie 1909 kann man in Wien sich diesmal nicht einlassen. Wenn neutrale, nicht direkt interessierte Mächte, wie die beiden obengenannten, ihren Einfluß geltend machen wollen, dann mögen sie das in Paris, vor allem aber in Petersburg tun, wo die eigentliche Entscheidung, ob Krieg oder Frieden in Europa sein soll, heute liegt. Man scheint sich auch in London nicht viel von der Sache versprochen zu haben.

Nun taucht aber ein neuer Vorschlag auf, der immerhin einiger Erwägung wert ist. Der englische Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, der schon während der Balkan-Krise manchen guten Gedanken in die Debatte warf, hat, wie bereits einem Teile der Leser berichtet, den Vorschlag einer europäischen Konferenz gemacht. Diese Konferenz ist in Form einer Botschafter-Vereinigung in London gedacht, wie zu Zeiten der Balkan-Kriege. Sie soll Versuche zur Klärung der politischen Lage unternehmen und vor allem der Möglichkeit vorbeugen, daß Rußland und Deutschland in den Konflikt hineingezogen werden. Das sei eine Sache des europäischen Friedens, sagt Grey, das gehe alle an. Das ist richtig, und man kann dem Vorschlage im Prinzip durchaus sympathisch gegenüberstehen, aber doch seine Einzelheiten mißbilligen. Grey schlägt nämlich weiter vor, daß, während die Verhandlungen schweben, Oesterreich, Serbien und auch Rußland alle militärischen Operationen einstellen. In diesem Sinne sind die Regierungen von Wien, Belgrad und Petersburg durch die englischen Vertreter benachrichtigt worden. Es ist schwer einzusehen, wie Sir Edward Grey mit dieser Forderung bei den beteiligten Kabinetten durchzudringen hofft. Der Vorschlag ist in dieser Form für Oesterreich und infolgedessen auch für Deutschland vollkommen undiskutierbar. Ginge man in Wien auf ihn ein, so bedeutete das, daß Oesterreich bezüglich seiner Forderungen an Serbien und deren Verwirklichung auf den guten Willen Europas angewiesen wäre, oder, besser gesagt, auf das, was Rußland und Frankreich ihm gnädig zu bewilligen geneigt sind. Oesterreich-Ungarn kann nach den Erfahrungen, die Deutschland in Algeciras und die es selbst 1909 in der Annexionskrise gemacht hat, unmöglich auf solche Stipulationen eingehen. Und was Oesterreich nicht wünscht, wird man in Berlin nimmermehr unterstützen. Wir sind überzeugt, daß die Entscheidung bei dem Vortrag, den der Reichskanzler in dieser Angelegenheit dem Kaiser bereits gehalten hat, so und nicht anders gefallen ist. Nur unter Verzicht auf die erwähnte Bedingung ist der Vorschlag Greys daher diskutierbar. Verdacht muß schon erregen, daß Frankreich mit so außerordentlicher Eilfertigkeit seine Zustimmung zu erkennen gegeben hat. Frankreich und Rußland bekämen eine bequeme Gelegenheit, Oesterreich zu demütigen, und das muß unter allen Umständen verhindert werden.

Wie aus der unten wiedergegebenen Meldung hervorgeht, hat die deutsche Regierung trotz aller Sympathie für den Urheber und den darin zum Ausdruck kommenden guten Willen dem Vorschlage ihre Zustimmung versagt, und zwar, wie man annehmen muß, nicht nur aus der obigen Erwägung heraus, sondern vor allem wegen der Unhandlichkeit seiner Ausführung und der durch den Balkan-Krieg bewiesenen Unzweckmäßigkeit. Diese Gründe leuchten durchaus ein. Durch diese zwar generelle, aber doch immerhin wohlwollende Ablehnung sind die Aussichten für die Erhaltung des europäischen Friedens keineswegs verschlechtert. Man kann sogar hoffen, daß man durch unmittelbare Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett vielleicht schneller zum Ziele gelangt, als auf dem umständlichen Wege einer Konferenz.

*

Die Erklärung Sir Edward Greys

über die europäische Lage, die wir im Auszug einem Teil der Leser schon mitgeteilt haben, hatte folgenden Wortlaut:

„Ich glaube, dem Hause ausführlich die Stellung, die die britische Regierung bis jetzt eingenommen hat, darlegen zu müssen. Letzten Freitag morgen erhielt ich vom österreichisch-ungarischen Botschafter den Text der Mitteilungen der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte, die in der Presse auch erschienen und welche die Forderungen Oesterreich-Ungarns an Serbien enthalten. Nachmittag sah ich die übrigen Botschafter und drückte ihnen gegenüber die Ansicht aus, daß wir, solange der Streit auf Oesterreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleibe, kein Recht hätten, uns einzumischen. Wenn aber die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Rußland bedrohlich würden, sei es eine Sache des europäischen Friedens und gehe uns alle an. Die einzige Chance für den Frieden scheint mir dann darin zu bestehen, daß die vier an der serbischen Frage nicht unmittelbar interessierten Mächte, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien in Petersburg und Wien gleichzeitig und zusammen dahin wirken sollten, daß Oesterreich und Rußland die militärischen Operationen einstellen möchten, während sich die vier Mächte bemühen würden, eine Beilegung des Konfliktes zu erzielen. Grey fuhr fort: Nachdem ich gehört hatte, daß Oesterreich-Ungarn die Beziehungen zu Serbien abgebrochen hat, ging ich folgendermaßen vor:

„Ich wies die britischen Botschafter in Paris, Berlin und Rom an, bei den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, anzufragen, ob diese gewillt seien, ein Einvernehmen dahin zu treffen, daß der französische, der deutsche und der italienische Botschafter in London mit mir zu einer

Konferenz in London

zusammentreten, um sich zu bemühen, Mittel zu einer Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden.

Gleichzeitig beauftragte ich unsere Vertreter, jene Regierungen zu ersuchen, ihre Vertreter in Wien, Petersburg und Belgrad zu ermächtigen, die dortigen Regierungen von der vorgeschlagenen Konferenz zu informieren und zu ersuchen, alle aktiven militärischen Operationen bis zur Beendigung der Konferenz einzustellen. Darauf habe ich noch nicht alle Antworten erhalten. Bei diesem Vorschlag ist natürlich die Zusammenarbeit der vier Mächte das Wesentliche; in einer so schweren Krisis, wie diese, würden die Bemühungen einer einzelnen Macht, den Frieden zu erhalten, unwirksam sein. Die in dieser Angelegenheit zur Verfügung stehende Zeit war so kurz, daß ich die Gefahr auf mich nehmen mußte, einen Vorschlag zu machen, ohne die üblichen vorbereitenden Schritte zu unternehmen, um mich zu versichern, ob er gut aufgenommen werden würde; aber wo die Dinge so ernst sind und die Zeit so kurz ist, läßt sich die Gefahr, etwas Unwillkommenes vorzuschlagen, nicht vermeiden. Ich bin trotzdem der Ansicht, daß, angenommen, daß der in der Presse erschienene Text der serbischen Antwort richtig ist, wie ich es glaube, dieser Vorschlag wenigstens eine Grundlage bieten solle, auf der eine freundschaftliche und unparteiische Gruppe von Mächten, unter denen sich Mächte befinden, die bei Oesterreich-Ungarn und bei Rußland gleiches Vertrauen genießen, imstande sein sollte, eine Beilegung zu finden, welche allgemein annehmbar sein würde.

Nach der Erklärung Greys fragte Harry Lawson, ob es wahr sei, daß der Deutsche Kaiser das Prinzip einer Vermittlung, das Grey vorgeschlagen habe,